

PRESSEGESETZ IN DER REFORM

Innovativ oder nur zeitgemäß?



Foto: Christian Mosar

Es brauchte zwei Jahrzehnte und drei CSV-Premierminister, bis ein "avant-projet de loi" zur Presserechtsreform zustande kam. Herausgekommen ist kein eigenständiger Gesetzestext, der das Presserecht als Ganzes regelt. Vielmehr werden wesentliche Teilaspekte der "liberté d'expression dans la communication de masse" - wie sich das neue Gesetz nennt - zusammengestellt und den Bedingungen der modernen Gesellschaft angepasst.

Die Inszenierung hätte an Dramatik nicht überboten werden können: Just in dem Moment, wo der Presserat mit der Begutachtung des "avant-projet de loi" zur Presserechtsreform befasst wurde, stand eine für die medienpolitische Zukunft des Landes nicht unwesentliche Entscheidung beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg an. "In vorausseilendem Gehorsam", wie sich Premier Juncker so gerne auszudrücken pflegt, hatten die MitarbeiterInnen des "service des médias et des communications" die zu erwartende Niederlage in der Affäre "Thoma c. Luxembourg" bereits in den Gesetzesvorschlag eingebaut. Der umstrittene Punkt der zivilen Haftung von JournalistInnen soll in Zukunft konform zum Artikel 10 der Europäischen Erklärung der Menschenrechte geregelt werden. Ohne an dieser Stelle noch einmal im Detail auf die so genannte "Försteraffäre" eingehen zu können (siehe dazu Woxx 583), sei daran erinnert, dass der RTL-Journalist Marc Thoma zu 63mal einem symbolischen Franken Schadensersatz verurteilt wurde, weil er ein, die 63 klagenden Förster beleidigendes Zitat eines Dritten über die Radioantenne verbreitet hatte. Sein "Fehler" sei gewesen, sich nicht formell von dem Inhalt des Zitats zu distanzieren. Auf-

grund dieses - laut Luxemburger Gerichten - Fehlverhaltens sei er zivilrechtlich haftbar und demnach schadensersatzpflichtig. Zwar erkannten die Gerichte lediglich den symbolischen Franken an (die Klagenden hatten jeweils eine Million verlangt), doch stellten sich die Umstände des Verfahrens (63 Einzelklagen) als besonders einschüchternd und kostspielig heraus. Für die Straßburger Richter steht fest: Eine förmliche Distanzierung war nicht notwendig; solches vorschreiben zu wollen sei im Widerspruch zum genannten Artikel der Menschenrechtserklärung, da hierdurch die JournalistInnen in der Ausübung ihrer Tätigkeit unzulässig eingeschränkt würden.

Dass die "Försteraffäre" auch ohne Richterspruch aus Straßburg bereits in Luxemburg hätte anders ausgehen können, hängt allerdings nicht allein am überalterten Luxemburger Presserecht. Bei der Beurteilung des "Fehlverhaltens", welches zu einer zivilrechtlichen Verurteilung führen kann, hätten die Luxemburger Richter durchaus selber zum Schluss kommen können, dass die zivilrechtliche Haftung von JournalistInnen einer besonderen Betrachtung unterliegt, auch wenn das Gesetz von 1869 dies nicht explizit hervorhebt. Insofern ist die

Straßburger Entscheidung vor allem ein Urteil gegen die Luxemburger Gerichte, die in fast beängstigender Sturheit an einem Spruch festhielten, der der vorangehenden Straßburger Jurisprudenzen zuwiderlief. Bereits in der zweiten Instanz waren praktisch alle jetzt von Straßburg zurückbehaltenen Argumente von Thomas Verteidigung vorgelegt worden, allerdings ohne Erfolg.

Haftung

Um es den Luxemburger Richtern in Zukunft einfacher zu machen, wird im neuen Gesetzestext das mögliche Fehlverhalten der JournalistInnen enger definiert. Einerseits sind sie verpflichtet, den Wahrheitsgehalt der von ihnen vorgebrachten Informationen entsprechend ihrer Möglichkeiten zu überprüfen. Ein bereits veröffentlichtes Zitat von Drittpersonen, das als solches kenntlich gemacht wurde, bedarf keiner weiteren Überprüfung und eine förmliche Distanzierung ist somit überflüssig.

Bei Informationen aus erster Hand bleiben die AutorInnen freilich haftbar: Eingeschränkt wird hier lediglich das Konzept der "diligence journalistique" eingeführt. Diese Sorgfaltspflicht schreibt unter anderem vor, dass die JournalistInnen ihre Informationen überprüfen

und vor einer Veröffentlichung die betroffenen Personen um eine Stellungnahme bitten müssen. Des Weiteren muss die Information von öffentlichem Interesse sein, das heißt, sie muss zur öffentlichen Meinungsbildung dienen. Diese beiden Voraussetzungen sind dem Sinn nach mit der Interpretation des Artikels 10 der europäischen Menschenrechtskonvention sicherlich konform, allerdings dürften diese in der Praxis kaum anwendbar sein. Heikle, aber durchaus "richtige" Informationen, werden aus journalistischer Sicht unbrauchbar, wenn die betroffene Person - oder Persönlichkeit - vorab von der Veröffentlichung Wind bekommt. Und die Einschätzung, ob denn nun eine bestimmte Information von öffentlichem Interesse ist, dürfte in der Einzelsituation nicht so einfach sein. Es ist fraglich, ob diese Definition der "diligence journalistique" Bestand haben wird. Auch hier gibt es gerichtliche Vorentscheidungen, die deutlich machen, dass die Überprüfung einer Information auf ihren Wahrheitsgehalt durch JournalistInnen anderen Standards genügen muss als dies beispielsweise für polizeiliche oder richterliche Untersuchungen der Fall ist (wobei, wie gesehen, auch Gerichte sich nach vermeintlich sorgfältiger Prüfung irren können).

Gleiches gilt für die Einschätzung des öffentlichen Nutzens einer Information: Ob ein Anfangsverdacht später wirklich zu einer echten, für die Öffentlichkeit relevanten "Affäre" wird, ist oft schwer abzuschätzen. Es gilt abzuwägen, ob die Verpflichtung einer Richtigstellung oder Relativierung nicht das geeignetere Mittel ist, um die JournalistInnen zu mehr Verantwortung zu bewegen.

Kaskadenprinzip

Nicht immer sind Gesetzesnovellen gleichzeitig mit einem gesellschaftspolitischen Fortschritt verbunden. Das "alte" Pressegesetz sah im Falle von Presserechtsvergehen eine Haftung nach dem Kaskadenprinzip vor. Im Prinzip wurden die AutorInnen eines inkriminierten Artikels belangt, sofern sie bekannt waren. Konnten die AutorInnen nicht ermittelt werden, weil der Text nicht oder mit einem Pseudonym unterzeichnet war, stand es den HerausgeberInnen der Zeitung frei, den Namen preis zu geben oder selber die Haftung zu übernehmen. Waren auch die HerausgeberInnen nicht zu ermitteln, wurde die Direktion der Druckerei zur Verantwortung gezogen.

Als Prinzip galt, dass immer nur eine Person gerichtlich belangt wurde. Damit soll es jetzt vorbei sein. In Anlehnung u.a. an das französische Presserecht sollen AutorInnen und HerausgeberInnen in Zukunft gemeinsam haften.

Diese Änderung wird damit begründet, dass die Verantwortlichkeit der HerausgeberInnen insgesamt erhöht werden soll. Vordergründig mag das wie eine Absicherung für die JournalistInnen klingen. Bislang war es meist Usus, dass, im Falle eines Presseprozesses, die HerausgeberInnen die Kosten in erster Instanz übernahmen. Eine Verpflichtung dazu gab es allerdings nicht.

Das Kaskadenprinzip, das in Ländern wie Belgien weiterhin Bestand hat, birgt für die JournalistInnen wichtige Vorteile: Im Vorfeld einer Veröffentlichung können sie ihre alleinige Verantwortung geltend machen, da ja nur sie für den von ihnen unterzeichneten Artikel gerade stehen müssen. Mit der neuen Regelung besteht die Gefahr, dass die berühmte "Schere im Kopf" gleich zweimal zum Einsatz kommt. Bei heiklen Artikeln werden die HerausgeberInnen demnächst vermehrt - falls vorhanden - ihre HausjuristInnen bemühen, um sich vor etwaigen Klagen zu schützen. Nicht veröffentlichte oder verwässerte journalistische Beiträge stellen allerdings auch eine Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit dar.

Überhaupt stellt sich die Frage, ob dem Gesetzesvorschlag nicht eine antiquierte

Sicht der Rolle der JournalistInnen unterliegt. Letztere werden als "Angestellte des Herausgebers" definiert. Tatsächlich gilt für die Mehrheit der Luxemburger JournalistInnen das Prinzip der Festanstellung und damit das Privatbeamtenrecht. Das sieht freilich in den einzelnen Angestellten eher Erfüllungsgehilfen, die eine ihnen laut Dienstplan zugeteilte Arbeit unter der Aufsicht des Arbeitgebers (oder eines Stellvertreters) verrichten. Von Selbstständigkeit, Eigeninitiative ist dort kaum die Rede. Würden wir diese Logik im Falle des Journalismus zu Ende denken, dann dürften eigentlich nur vom "Chef" gegengezeichnete Artikel veröffentlicht werden. Abgesehen davon, dass dies in der tagtäglichen Praxis - denken wir nur an die audiovisuellen Medien - nicht möglich wäre, würde es das Aus für jede autonome journalistische Tätigkeit bedeuten. JournalistInnen sind in diesem Sinne eher mit eigenverantwortlichen "Führungskräften" gleichzustellen, womit eine Mithaftung der jeweiligen Arbeitgeber sich erübrigen würde.

Quellenschutz

Ein Novum für das Luxemburger Presserecht bedeutet ebenfalls der Quellenschutz. Obwohl es auch hierfür Präzedenzurteile aus Straßburg gibt, trug die Luxemburger Rechtspraxis bislang dem Prinzip des Schutzes der journalistischen Quellen nicht Rechnung. Es gab sogar Beugehafturteile gegen Journalisten oder Herausgeber von Zeitungen, weil diese ihre Quellen nicht preisgeben wollten. Das neue Gesetz sieht nun vor, dass JournalistInnen und deren direkte MitarbeiterInnen gegenüber öffentlichen Verwaltungen und den Gerichten das Recht besitzen, die Quellen ihrer Information und insbesondere die Namen ihrer InformantInnen zu verschweigen.

Zusätzlich werden die Redaktionsräume und die Privatwohnungen der JournalistInnen vor Hausdurchsuchungen geschützt, es sei denn, die betroffenen JournalistIn-

nen werden selbst einer Straftat verdächtigt. Einschränkung soll allerdings die Verfolgung von Verbrechen wie Mord, Drogenhandel, Terrorismus oder Landesverrat von diesen Regeln ausgeschlossen werden.

Dürften die Vorgaben in Sachen Quellenschutz den Erwartungen der JournalistInnen weitgehend gerecht werden, so schweigt sich allerdings der Gesetzestext bezüglich des Zugangs zu öffentlichen Informationen aus. Zwar wird allgemein das Recht der JournalistInnen anerkannt, sich Informationen zu verschaffen, diese zu verarbeiten und zu kommentieren, aber welche Hilfestellung ihnen dabei die öffentlichen Verwaltungen leisten müssen, wird nicht präzisiert. Zur Zeit gilt noch immer die so genannte "circulaire Santer", die es öffentlich Bediensteten förmlich untersagt, aus freien Stücken Interviews zu geben oder gar Pressekonferenzen zu veranstalten. Im "exposé des motifs" des neuen Gesetzestextes wird darauf hingewiesen, dass ein allgemeines Gesetz bezüglich des Zugangs zu öffentlichen Informationen in Vorbereitung ist, das nicht nur für JournalistInnen, sondern auch für andere BürgerInnen Geltung haben soll. Bis es soweit ist, sollen für die Presse auf administrativem Weg festgelegte Spielregeln gelten - welche Form eine solche "circulaire Juncker" annehmen wird, wurde bislang allerdings nicht präzisiert.

Linientreue

Für eine gewisse Aufregung dürfte eine weitere im Gesetz vorgesehene Neuerung sorgen: Die MedienherausgeberInnen müssen in Zukunft jährlich eine "ligne éditoriale" veröffentlichen. Darin soll das politische und weltanschauliche Selbstverständnis des Mediums definiert werden. Für JournalistInnen bedeutet dies, dass sie bei der Einstellung von dieser redaktionellen Linie Kenntnis nehmen und sie in ihrer Arbeit verfolgen müssen.

Diese Veröffentlichung soll aber nicht nur den LeserInnen einen besseren Einblick

in die Medienlandschaft bieten, sie bietet auch einen gewissen Schutz für die JournalistInnen. Obwohl wir in Luxemburg derzeit noch keine Moskauer Verhältnisse haben, wo über Nacht ganze Zeitungen und Fernsehanstalten den Besitzer und damit auch die politische Ausrichtung wechseln, sollen Luxemburgs JournalistInnen vor möglichen Gewissenskonflikten bewahrt werden.

Sollte aufgrund veränderter Besitzverhältnisse ein markanter Wechsel in der "ligne éditoriale" stattfinden, können die JournalistInnen von sich aus den Dienst quittieren, profitieren dabei aber von den gleichen Vorteilen wie bei einer Entlassung seitens des Arbeitgebers (Kündigungsfrist, Anspruch auf Entschädigung wie sie im Falle einer nicht gerechtfertigten Entlassung bestehen würden).

Solche Übernahmen hat es in letzter Zeit ja einige gegeben, auch wenn es dabei selten zu ideologischen Auseinandersetzungen gekommen ist. Aber die Erfahrung im Ausland zeigt, dass problematische Übernahmeszenarien durchaus möglich sind. Auch für Luxemburg dürften in nächster Zeit Konzentrationsprozesse anstehen, da nur möglichst große Häuser im allgemeinen Taumel der Medienliberalisierung Bestand haben dürften - und auch weitere Übernahmen aus dem Ausland sind denkbar.

In den nächsten Wochen will der Presserat seine Beratungen zur Gesetzesvorlage abschließen. Obwohl wesentlichen Belangen der Presseverantwortlichen Rechnung getragen wurde (insbesondere das nunmehr eingeschränkte Antwortrecht dürfte Gefallen finden), wird das Gutachten des Presserates wohl kaum einstimmig ausfallen. Dazu sind die Interessen der einzelnen Medien zu unterschiedlich. So dürften einige einschränkende Ausführungen im Zusammenhang mit dem "droit à l'image" vor allem bei den KollegInnen des Fernsehens einiges Kopfzerbrechen hervorrufen. Außerdem sind neue Medien wie das Internet nur indirekt visiert, da sich hier Bild, Ton, Geschriebenes und Gesendetes vermischen.

Mit Spannung darf aber auch die Stellungnahme des Staatsrates erwartet werden, da der Gesetzesvorschlag doch weit in bislang geltende Rechtsprinzipien hineingreift, auch wenn er sich dabei weitgehend an der europäischen Menschenrechtserklärung inspiriert. Der letzte Versuch, in Sachen Presserecht neue Wege zu gehen, nämlich bei der Reform des Antwortrechtes Anfang der 80er Jahre, war kläglich am Njet des Staatsrates gescheitert.

Richard Graf

Avis

Mitteilung

Im Rahmen der Vorsichtsmaßnahmen gegenüber der Maul- und Klauenseuche ist der Verkauf von Nutz- und Zuchtrindern, von Nutz- und Zuchtschweinen, sowie von Nutz- und Zuchtschafen, laut Kommissionsbeschluss der Europäischen Gemeinschaft, nur unter folgenden Bedingungen erlaubt:

- Die au verkaufenden Nutz- und Zuchtrinder müssen mindestens 20 Tage auf dem Betrieb gewesen sein. Als Ausnahme gelten Kälber welche jünger als 20 Tage sind und auf dem Betrieb geboren wurden. Zusätzlich dürfen keine MKS-anfälligen Tiere (Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen) innerhalb dieser 20 Tage zugekauft worden sein.
- Die zu verkaufenden Nutz- und Zuchtschweine müssen mindestens 10 Tage auf dem Betrieb gewesen sein. Zusätzlich dürfen keine MKS-anfälligen Tiere (Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen) innerhalb der letzten 10 Tage zugekauft worden sein.
- Nutz- und Zuchtschafe können nur in Begleitung einer Transportbescheinigung und eines Gesundheitszertifikates des Hoftierarztes an einen anderen Betrieb verkauft werden.

Der Transport muss auf direktem Wege, ohne Zwischenladung, vom Verkaufsbetrieb zum Ankaufsbetrieb, geschehen.

Luxemburg, den 18. April 2001
Mitgeteilt vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und die Entwicklung des ländlichen Raumes

Programme d'action communautaire de lutte contre la discrimination 2001-2006

Appel d'offre

Ligne budgétaire B5-803

Le programme d'action communautaire de lutte contre la discrimination a été établi par décision du Conseil des Ministres du 27 novembre 2000. (réf. 2000/750/CE)

Il fait partie d'un ensemble de mesures de prévention et de lutte contre la discrimination et vise à soutenir et compléter les efforts réalisés au niveau communautaire et dans les Etats membres pour promouvoir des mesures destinées à prévenir et à combattre la **discrimination directe ou indirecte, simple ou multiple, fondée sur la race ou l'origine ethnique, la religion ou les convictions, le handicap, l'âge ou l'orientation sexuelle**. Par là il contribuera également à éliminer les inégalités et à promouvoir l'égalité entre les hommes et les femmes.

Un des objectifs du programme consiste à développer la

capacité à prévenir et traiter efficacement la discrimination, notamment en renforçant les moyens d'action des organisations par une aide à l'échange d'informations et de bonnes pratiques et la création de réseaux à l'échelle européenne, tout en tenant compte de la spécificité des différentes formes de discrimination.

Dans le cadre de la ligne budgétaire B5-803, la Commission lance un appel à propositions aux organisations. Cet appel à proposition se scinde en deux phases

Phase 1:

Les actions subventionnées porteront sur la mise en place de partenariats, définition d'objectifs communs et la formulation de programmes de travail concertés, appelés accords de coopération transnationale fixant le programme de travail pour une phase d'activités ultérieure, dite phase II.

Ces actions d'échange impliqueront nécessairement une série d'acteurs d'au moins 3 Etats membres.

Les partenariats doivent avoir au moins un partenaire principal dès le début.

Durée de la phase I: 6 mois à commencer au 01 octobre 2001

Organisations pouvant soumettre une proposition: autorités publiques, autorités locales ou régionales, organisations non-gouvernementales, organismes actifs dans le domaine de la promotion de l'égalité du traitement, des entreprises. des universités. des instituts de recherche ainsi que des médias.

Domaines considérés comme prioritaires

- a) La non-discrimination de la part des administrations publiques et en leur sein (notamment les domaines de la santé et de l'éducation),
- b) la non-discrimination de la part des médias et en leur sein,
- c) l'égalité dans la participation à la prise de décision politique, économique et sociale,
- d) l'égalité d'accès aux biens et aux services qui sont disponibles au grand public, y compris le logement, les transports de la culture, les loisirs et les sports.

Budget disponible: Le budget maximal mis à disposition pour la phase préparatoire est de 3.850.000 Euros. La contribution financière de la Communauté n'excèdera pas 85% du coût total. Le partenariat doit garantir le cofinancement en espèces des 15% restants.

La Commission a l'intention de financer environ 77 actions de création de programmes de partenariats, à concurrence de 50.000 Euros au maximum pour chaque proposition.

Les actions admissibles au titre d'autres instruments ou programmes communautaires (Fond social européen, LEONARDO, SOCRATES, EQUAL ou autres) ne sont pas admissibles dans le cadre du présent programme.

Phase II

Seuls les partenariats financés au titre de la phase I pourront soumettre une demande officielle de financement au titre de la phase II.

Les lignes directrices du programme ainsi que le formulaire de demande de subvention (partie 3) sont disponibles sur Internet: http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamri/prog/index_fr.htm

ou, peuvent être obtenus auprès de:

Commissariat du Gouvernement aux étrangers, 12-14 avenue Emile Reuter L-2919 Luxembourg, Tél. 4783627, fax. 4783672, email: malou.kapgen@fm.etat.lu

Les parties I et II du formulaire peuvent être obtenus uniquement sur demande envoyée par courrier électronique à l'adresse: empl-antidiscrimination@cec.eu.int

Toute organisation intéressée à trouver des partenaires pour la présentation d'un projet pour la phase I peut consulter le site Internet http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamri/partner_box/index.cfm?Lang=fr

Le dernier délai pour la soumission d'une demande de cofinancement auprès des autorités communautaires est le **25 mai 2001**

Soumission publique

Le mercredi 9 mal, à 15.00 heures. il sera procédé au Ministère de l'Intérieur (petite salle de conférence - 4e étage), 19, rue Beaumont L-2933 Luxembourg, à l'ouverture des soumissions relatives à la fourniture de

Lot 1: 1 véhicule d'enquête

Lot 2: 1 véhicule de liaison

pour les besoins de l'inspection Générale de la Police Grand-Ducale.

Les cahiers spéciaux des charges ainsi que les bordereaux de soumission sont à la disposition des intéressés à l'adresse indiquée ci-dessus.

Les soumissions conformes aux prescriptions des articles 41, 42 et 43 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 portant e.a. institution d'un cahier général des charges applicables aux marchés publics de travaux et de fournitures pour compte de l'Etat et portant l'inscription "Soumission pour ... etc" doivent être arrivées ou remises à l'adresse indiquée ci-dessus avant les jour et heure fixés pour l'ouverture.